

Die spanische Polizei verhaftet weitere 14 führende politische Aktivisten der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. An einem Generalstreik gegen den Ausnahmezustand im Baskenland beteiligen sich über 40.000 Menschen:

Parteienverbot ...

Demonstrationsverbot ...

Politikverbot

"(PSOE und PNV) haben Angst vor einer öffentlichen Diskussion der gescheiterten Friedensverhandlungen ... Denn eine solche Diskussion zeigt auf, welche politischen und konstitutionellen Vorschläge gangbar sind, um diesen Konflikt zu lösen und einen demokratischen Weg hierfür zu definieren."

Der ehemalige Europaabgeordnete der baskischen Partei Batasuna, Karmelo Landa, in einem Interview am Tag vor seiner Verhaftung. Die Verhandlungen zur Lösung des Konflikts, die die spanische Regierungspartei PSOE, die baskische Regierungspartei PNV und die Vertreterin der baskischen Unabhängigkeitsbewegung Batasuna im Herbst 2006 führten, waren einer Einigung sehr nahe gekommen.

Ausnahmezustand

Garzón, Richter des für Drogen und Terror zuständigen Sondergerichtshofs Audiencia Nacional, war am Montag, den 11.2.2008 eigens aus Madrid ins 500 km entfernte Donostia (San Sebastian) gereist, um selbst die Verhaftung von vierzehn führenden politischen Aktivisten der baskischen Unabhängigkeitsbewegung zu überwachen. Vierhundert Polizisten brachte er hierfür mit aus Madrid. Die Mehrheit der Inhaftierten gehört der linken baskischen Partei Batasuna (Einheit) an, die 2003 verboten wurde. **"Ausnahmezustand"** nennt Batasuna das, was sich im Moment im Baskenland abspielt und anders kann man es auch nicht bezeichnen.



von links: (1) die für den 10.2.2008 angekündigte Demonstration gegen das Verbot der beiden baskischen Parteien EAE-ANV und EHAK wird verboten. Trotzdem finden sich Tausende in Bilbao unter dem Motto "Rechte für das Baskenland - Stoppt den Ausnahmezustand" ein. (2) 11.2.2008: die Polizei verhaftet vierzehn politische Aktivisten (3) Aufruf der baskischen Gewerkschaft LAB zum 24-stündigen Generalstreik am 14.2.2008

Vierhundert Polizisten, die politische Aktivisten, darunter den ehemaligen Europaabgeordneten von Batasuna, Karmelo Landa, schwerbewacht wie Verbrecher abführen, obwohl die Betroffenen einfach in ihren Wohnungen oder Büros weilen. Obwohl sie auf den Pressekonferenzen, die sie gegen die neuen Parteienverbote und die fast täglichen Verhaftungen geben, jederzeit erreichbar sind.

Man muss nicht die Politik der baskischen Unabhängigkeitsbewegung unterstützen, um beim Anblick verummter Polizisten, die Politiker abführen, an finstere Zeiten zu denken. Einer Vorladung - selbst nach Madrid - wären diese Aktivisten vermutlich genauso gefolgt, wie die Politiker der am Freitag für drei Jahre suspendierten baskischen Parteien EAE-ANV und EHAK.

Aber Drohkulissen sind es, die die spanische Regierung und ihr Sondergerichtshof derzeit aufbauen. Martialische Bilder sollen die Medien zeigen. Die Botschaft ist klar: wer sich traut, seine Stimme für die Unabhängigkeit des Baskenlandes zu erheben, wer darauf besteht, dass ein politischer und demokratischer Weg zur Lösung des Konflikts nötig ist, wer hierfür Demonstrationen organisiert, Pressekonferenzen hält, Flugblätter verteilt, für den sind Demokratie und Menschenrechte derzeit außer Kraft gesetzt.

Die baskische Unabhängigkeitsbewegung, die baskische Gewerkschaft LAB und die Bewegung pro-Amnistia haben deshalb für den 14.2.2008 zu einem 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Über 40.000 Menschen folgten diesem Aufruf.

Unbefristete Haft für politische Aktivitäten

Karmelo Landa ist seit vielen Jahren einer der prominenten Sprecher der baskischen Unabhängigkeitsbewegung. Er war Abgeordneter des baskischen Parlaments, sowie des Europaparlaments. Die Polizei verhaftet ihn am Montag Vormittag, den 11. Februar 2008, in seiner Wohnung in Bilbao. Am Tag vor seiner Verhaftung gibt er dem Journalisten Agustin Goikoetxea ein Interview für die baskische Zeitung GARA. Die Ansichten, die er im Interview äußert, sind in jedem demokratischen Land auch aus Sicht des politischen Gegners legitime Standpunkte. Nach Definition des spanischen Sondergerichts sind dieses Interview und die anderen politischen Aktivitäten so schwere Vergehen, dass Garzon am Tag nach Veröffentlichung des Interviews gegen Karmelo Landa und zehn weitere der am Montag inhaftierten Aktivisten, unbefristete Haft anordnete. Die elf Politiker wurden direkt aus der *incommunicado*-Haft ins Gefängnis gebracht.

Im Interview wird Karmelo Landa gefragt, ob er mit einer Aufhebung der Parteienverbote durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg rechne. Der ECHR hatte im Dezember 2007 die Klage Batasunas gegen ihre Illegalisierung durch die spanische Regierung zugelassen, ein wichtiger erster Erfolg der Klage Batasunas gegen den spanischen Staat. Karmelo Landas Antwort erweist sich als prophetisch:

"Einfach nur hoffen und abwarten ist zuwenig. Wir werden noch viele Hindernisse überwinden müssen, bis wir in Strassburg und in Europa im all-

gemeinen erfolgreich bekanntmachen, was hier passiert. Es ist deshalb schwierig, weil wir sofort, wenn wir eine Pressekonferenz oder ein Interview wie dieses geben, im Gefängnis landen. Es geht gar nicht um politische Propaganda, es geht schlicht und einfach um die nötige Information."

Es muss die spanische Regierung, die den Dialog durch immer schärfere Unterdrückungsmaßnahmen ersetzt hat, bis auf das Äußerste reizen, dass sie trotz der Verhaftungen der letzten Wochen, der Parteienverbote und der Demonstrationsverbote die Vertreter der baskischen Unabhängigkeitsbewegung nicht zum Schweigen bringen kann. Nach wie vor fordern diese eine politische und demokratische Lösung des Konflikts.

"Nicht zulassen, dass sie die Tür zu einer politischen Lösung verschließen"

In seinem Interview gibt Karmelo Landa eine klare, selbstbewusste und politisch offensive Antwort auf die Verbote der beiden Parteien EAE-ANV und EHAK, sowie auf die den Verboten vorausgegangenen Verhaftungen der drei führenden politischen Aktivisten Pernando Barrena, Unai Fano und Patxi Urrutia:

"Außer der Wut (über die Verhaftungen und Verbote) gibt es eine zweite Reaktion und das ist der feste Entschluss, nicht zuzulassen, dass sie die Tür zu einer politischen Lösung verschließen. ... all ihr Unrecht und ihre Unterdrückung wird ... den politischen Weg nicht versperren."

Auf die Frage, ob die Anklage gegen mittlerweile 38 Personen - darunter sehr bekannte und geachtete Persönlichkeiten - wegen *"Integration (in eine terroristische Vereinigung)"* nicht zu einer Verunsicherung der linken Bewegung geführt habe, sagt er:

"Legal und politisch ist das krank. Hier ist alles "Integration". Ich denke ganz ehrlich, dass sie sich auf dem Holzweg befinden, wenn sie meinen, Unterdrückung halte die Menschen hier von der Politik ab. Wir haben keinen Mangel, sondern im Gegenteil einen Zulauf an Leuten, die unsere politischen Vorschläge verbreiten. Die Pressekonferenzen, (die gegen das Verbot von EAE-ANV und EHAK stattfanden), wurden nicht von zwei oder drei wenigen Vertretern der einen oder der anderen Partei veranstaltet, sondern werden von der Bevölkerung massiv unterstützt."

Karmelo Landa ist sich sicher, dass die Verhaftung der drei führenden politischen Aktivisten der baskischen Unabhängigkeitsbewegung Pernando Barrena, Unai Fano und Patxi Urrutia vor einer Woche in direktem Zusammenhang mit der politischen Offensive der Unabhängigkeitsbewegung steht.

"Dann werden wir dreihundert Veranstaltungen organisieren!"

Für ihn ist *"es offensichtlich, dass die PSOE lügt"*. Sie will verhindern, dass in der Öffentlichkeit bekannt wird, was in den Verhandlungen zur Konfliktlösung zwischen der spanischen Regierungspartei PSOE, der baskischen Regierungspartei PNV und Batasuna im Herbst 2006 in Loiola erreicht wurde.



Am Samstag, den 2.2.2008 veranstaltet die linke Unabhängigkeitsbewegung in Iruñea (Pamplona, in Navarra) die erste einer ganzen Reihe von Diskussionen, mit der sie die gescheiterten Konfliktlösungsverhandlungen im Herbst 2006 in Loiola aufarbeiten will. Fernando Barrena (rechts im Bild), Unai Fano und Patxi Urrutia werden am Montag darauf wegen „wiederholter krimineller Aktivitäten“ verhaftet.

"Sie haben Angst vor einer öffentlichen Diskussion der Verhandlungen - das genau ist es, was wir tun. Denn eine solche Diskussion zeigt auf, welche politischen und konstitutionellen Vorschläge gangbar sind, um diesen Konflikt zu lösen und einen demokratischen Weg hierfür zu definieren. Die Reaktion der PSOE und der Regierung ist uns nicht entgangen. Wir haben die Nervosität gespürt, mit der sie auf die Veranstaltung in Iruñea (die erste dieser öffentlichen Diskussionen) reagiert haben. Und wenn wir vorhatten, fünfzehn Veranstaltungen zu diesem Thema durchzuführen, werden wir jetzt dreihundert organisieren - von der Bevölkerung für die Bevölkerung. Sie werden nicht verhindern können ..., dass unsere Vorschläge bei der Bevölkerung bekannt und von ihr unterstützt werden."

haben. Und wenn wir vorhatten, fünfzehn Veranstaltungen zu diesem Thema durchzuführen, werden wir jetzt dreihundert organisieren - von der Bevölkerung für die Bevölkerung. Sie werden nicht verhindern können ..., dass unsere Vorschläge bei der Bevölkerung bekannt und von ihr unterstützt werden."

Mit den erneuten Massenverhaftungen am 11. Februar, dem Verbot der Grossdemonstration in Bilbao am Tag davor, mit Parteiverboten und den fast täglichen Verhaftungen junger Leute hat die spanische Regierung im Baskenland einen nicht erklärten Ausnahmezustand geschaffen. Er erinnert an die gewalttätige Politik der Kriminalisierung und der Internierungen, mit der die britische Regierung im Nordirlandkonflikt in den 70er Jahren den Widerstand der irischen Bevölkerung brechen wollte. Die britische Regierung scheiterte damals kläglich.

***Politische Konflikte werden nur im
gemeinsamen Bemühen aller am
Konflikt beteiligten gelöst***